

Antrag

der Abgeordneten **Josef Zellmeier, Dr. Otmar Bernhard, Klaus Dieter Breitschwert, Erwin Huber, Robert Kiesel, Tobias Reiß, Eberhard Rötter, Martin Schöffel, Klaus Stöttner, Konrad Kobler, Alexander König, Prof. Ursula Männle, Christa Matschl, Alexander Radwan, Dr. Franz Rieger, Alfred Sauter, Eberhard Sinner** CSU,

Dr. Andreas Fischer, Dr. Otto Bertermann, Tobias Thalhammer, Jörg Rohde, Thomas Dechant, Julika Sandt und **Fraktion (FDP)**

Tourismusförderung durch die Europäische Union

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich weiterhin dafür einzusetzen, dass auch in der kommenden Förderperiode 2014 bis 2020 ein mit möglichst hohen Mitteln aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) ausgestattetes Strukturförderprogramm aufgelegt wird. Dabei sollte auch die Förderung von öffentlicher Tourismusinfrastruktur, von innovativen Maßnahmen im Bereich Tourismusmarketing und von einzelbetrieblichen Investitionen von kleinen und mittleren Beherbergungs- und Gastronomiebetrieben möglich sein.

Begründung:

Mit der Bruttowertschöpfung von 31 Mrd. Euro gehört der Tourismus zu den zentralen Branchen und Arbeitgebern in Bayern. 560.000 Menschen leben direkt oder indirekt davon. Es ist derzeit noch unklar, in welchem Umfang die Strukturfondsverordnungen für die Förderperiode 2014 bis 2020 eine Förderung des Tourismus zulassen. Besonders für den Freistaat Bayern sind ausreichende Spielräume für die Tourismusförderung wichtig. Die von der Europäischen Union gewährte Unterstützung für Tourismusprojekte hat schließlich maßgeblich dazu beigetragen, den bayerischen Tourismus in den letzten Jahren erfolgreich im nationalen und internationalen Wettbewerb zu positionieren.

Viele erfolgreiche Entwicklungen begründen sich auf der Bündelung der Marketing-Mittel durch die Regionalverbände. Dadurch konnte vor allem eine Kommunikation des vorhandenen, touristischen Angebots weit über die Grenzen Bayerns hinaus forciert werden. Eine weitere Unterstützung durch öffentliche Mittel vor allem der Europäischen Union ist daher von großer Bedeutung.